

Gemeinde Appen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 825/2014/APP/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 07.05.2014
Bearbeiter: Diana Franz	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Umweltausschuss der Gemeinde Appen	05.06.2014	öffentlich
Gemeindevertretung Appen	26.06.2014	öffentlich

Fracking "Resolution der Gemeinde Appen"

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 06.05.2014 (siehe Anlage 1) stellt die SPD der Gemeinde Appen den Antrag, die Resolution gegen Fracking (siehe Anlage 2) mit Unterstützung aller Fraktionen in den gemeindlichen Gremien zu verabschieden.

Am 04.03.2014 fand beim Kreis Pinneberg eine Informationsveranstaltung zum Thema Fracking statt. Hierbei stand der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Habeck, Rede und Antwort.

Zusammenfassend lässt sich folgender Sachstand festhalten.

Die Gemeinde Appen liegt im sogenannten Erlaubnisfeld I Elmshorn. Dieses Feld erstreckt sich von Elmshorn bis einschließlich Holm sowie von der Elbe bis Henstedt-Ulzburg. Innerhalb dieses Feldes besteht für Unternehmen grundsätzlich die Möglichkeit, bei Einreichen der entsprechenden Anträge, Fracking durchzuführen.

Auch das Gemeindegebiet Appen liegt im Erlaubnisfeld 1 mit dem Naturschutzgebiet Tävsmoor.

Das hierbei zu durchlaufende Verfahren besteht aus zwei Phasen.

Das Ziel der ersten Phase ist eine sogenannte Aufsuchungsgenehmigung. Während der zweiten Phase wird eine Betriebsplanverfahrenserlaubnis angestrebt.

Aktuell hat für Teile des Erlaubnisfelds Elmshorn, jedoch nicht für Teile der Gemeinde Appen, die PRD Energy eine Aufsuchungsgenehmigung erhalten. Diese Genehmigung beinhaltet die Möglichkeit, seismologische Gutachten zu erstellen, Akten zu sichten, die Örtlichkeiten in Augenschein zu nehmen und ähnliche Voruntersuchungen durchzuführen. Sie beinhaltet allerdings ausdrücklich keine Bohrerlaubnis.

Eine Bohrerlaubnis würde sich erst aus der Betriebsplanverfahrenserlaubnis erge-

ben.

Beide Genehmigungen werden aufgrund des Bundesbergbaurechts erteilt. Hierin ist momentan keine Regelung enthalten, die Fracking grundsätzlich untersagt. Schleswig-Holstein brachte bereits eine Initiative zum Verbot von Fracking in den Bundesrat ein, konnte hierfür jedoch keine Mehrheit gewinnen. Aktuell hat Schleswig-Holstein eine neue Initiative in den Bundesrat eingebracht. Schleswig-Holstein verfolgt mit dem erneuten Vorstoß das Ziel, den Behörden mehr Versagungsmöglichkeiten bei Frackinganträgen an die Hand zu geben.

Derzeit muss ein Antrag auf Fracking genehmigt werden; es sei denn, ein öffentlicher Belang steht diesem entgegen. Ein öffentlicher Belang könnte beispielsweise ein Wasserschutzgebiet, welches durch das Fracking betroffen wäre, sein. Allerdings muss dieser öffentliche Belang in der Betrachtung überwiegen. Hieran sind hohe Anforderungen geknüpft, sodass in der Regel der öffentliche Belang dem Antrag nicht entgegen steht.

Herr Habeck erklärte, dass das Land Schleswig-Holstein einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) gefasst hat. Als neues landesplanerisches Ziel gelten die Verhinderung von Fracking sowie die Kartierung des Untergrundes. Auf Grundlage dieser Ziele und dem Verfahren zur Aufstellung des Landesentwicklungsplanes wurde eine landesplanerische Veränderungssperre erlassen. Für die kommenden drei Jahre (Zeitraum der Neuaufstellung des LEP) werden Anträge auf Fracking daher abgelehnt. Im Anschluss hieran ist Fracking lediglich mit Hilfe einer Änderung des Bundesbergbaurechts verhinderbar.

Der Minister ermunterte die Anwesenden deutlich zur Abgabe von kritischen Stellungnahmen, um eine entsprechende Rückendeckung für die Vorschläge zur Änderung des Bundesbergrechtes zu erhalten.

Der Amtsausschuss des Amtes Moorrege hat bereits auf seiner Sitzung vom 26.03.2014 eine Resolution gegen Fracking verabschiedet.

Mit dieser Resolution möchte die Gemeinde Appen auch die Resolution des Amtsausschusses Moorrege unterstützen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Abgabe einer gemeindlichen Stellungnahme bekräftigt die geschlossene Ablehnung des Frackings innerhalb der Gemeinde Appen. Eine Resolution der Gemeinde Appen fällt gewichtiger aus, als die Abgabe einzelner Stellungnahmen von Appener Bürgern. Daher sollte die beigefügte Resolution verabschiedet werden, um den Druck auf die Landespolitik zu erhöhen

Finanzierung:

entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt/ die Gemeindevertretung beschließt, die beigefügte Resolution gegen Fracking abzugeben.

Banaschak

Anlagen:

Anlage 1: Antrag der SPD vom 06.05.2014

Anlage 2: Resolution der Gemeinde Appen gegen Fracking

Anlage 3: Lageplan der Erlaubnisfelder

Anlage 4: Karte der Wasserschutzgebiete im Kreis Pinneberg

Anlage 5: Karte der Landschaftsschutzgebiete im Kreis Pinneberg